

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Dresden.
Verleger: Carl Neubauer.
Herausgeber: Carl Neubauer.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung, durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 7,75 M., vierteljährlich 23,25 M., Die einpallige 37 mm breite Zeile 2,50 M. (Voll Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen u. Wohnungsmarkt, 1pallige An- u. Verhände 2,50 M. Bezugsgebühren laut Tarif. Auswärts. Aufträge geg. Vorauszahlung. Einzelpreis d. Vorabendblattes 20 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Neudruck & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Annahme verzinslicher Bareinlagen.
An- und Verkauf von Wertpapieren.
Hinterlegungsstelle von Wertpapieren zwecks Einlösung von Zins- und Gewinnanteilscheinen.
An- und Verkauf fremder Geldsorten.

Dresdner Handelsbank

Aktiengesellschaft

Post-Allee 9, im „Haus der Kaufmannschaft“, Schlachthofring 7, Wollmühlstraße 56, Großmarkthalle, Ellenauplatz 3, Kaiserstraße 11.

Scheckverkehr.
Einziehung und Ankauf von Wechseln.
Kreditverkehr gegen Wertpapiere und Waren.
Vermietung von feuer- und einbruchssicheren Stahlwänden unter Verschluss des Mieters und Mitverschluss der Bank.

Englands Bindung durch Verpflichtungen.

Lord Curzons Antwort an Dr. Sthamer.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“)
Paris, 14. Okt. „Zeit Parisien“ meldet aus London, daß bei der gestrigen Besprechung zwischen Lord Curzon und Sthamer der deutsche Vorschlag angenommen habe, das englische Kabinett würde nicht eine Entscheidung beschließen, die unangenehm heißen Namen in Deutschland erregen müßte und die Demission des Kabinetts nicht nach sich ziehen würde. Lord Curzon habe Dr. Sthamer erklärt, daß diese Vorstellungen nicht am Platze wären. Die englische Regierung sei durch Verpflichtungen gebunden, die sie unbedingt innehalten müsse. Er hoffe übrigens, daß sich Deutschland im letzten Augenblicke darüber Rechenschaft ablegen werde, daß es alles verlieren würde, wenn es sich nicht loyal dem Schiedsspruch des Völkerbundes füge.

London, 14. Okt. Am Laufe des gestrigen Tages erschien der italienische Botschafter in London im Foreign Office, wo er eine lange Besprechung mit Lord Curzon hatte.

Die Haltung der englischen Arbeiterpartei.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“)
Rotterdam, 14. Okt. Die „Times“ meldet: Lord George spricht am 14. Oktober im Unterhaus über die Genfer Entscheidung. Die Arbeiterpartei hat die Anregung der deutschen Arbeiterpartei, im Parlament Stellung zu nehmen, abgelehnt. Die Genfer Entscheidung zu nehmen, angelehnt sich jedoch zu einer parlamentarischen Anfrage an Lord George bereit erklärt.

Verzögerung der endgültigen Entscheidung.

Berlin, 14. Okt. Nach den hier vorliegenden Nachrichten wird der Oberste Rat wahrscheinlich erst gegen Ende der nächsten Woche in London zusammentreten, um auf Grund des Gutachtens des Völkerbundesrates die Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens zu fällen. Bis die amtliche Mitteilung der Entscheidung an die beiden beteiligten Regierungen Deutschlands und Polens gelangt, werden also, wie man hier annimmt, noch gegen 14 Tage vergehen.

Paris, 14. Okt. Die Frage, ob eine Einberufung des Obersten Rates erfolgen oder die Botschafterkonferenz mit der endgültigen Regelung der obereschlesischen Frage betraut werden soll, ist noch vollkommen ungeklärt. Dem „Deure“ zufolge hätte der englische Botschafter gestern Briand erklärt, daß die Botschafterkonferenz in dieser Angelegenheit das Schlusswort sprechen werde.

Die französische Presse über die Genfer Entscheidung.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“)
Paris, 14. Oktober. Der Chefredakteur des „Deure“, Gustave Tern, redet Deutschland und Polen zu, sich der Entscheidung des Völkerbundes über Oberschlesien zu fügen. Es werde gegenwärtig das Argument geltend gemacht, daß Deutschland hohe Kompensationen in dem wiedererstandenen Österreich finden könnte. Außerdem könnte es auf die bevorstehende Aufhebung der militärischen Sanktionen rechnen. Jetzt, da die Poststrahlen am Rhein aufgehoben seien, dienten die Gendarmen in Barmen Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort zu nichts. Im übrigen seien sie sehr teuer, und wenn er, Gustave Tern, sich dadurch auch den Spott Frankreichs anziehe, habe er doch den Mut zu schreiben, daß es viel besser wäre, die Kosten der Befestigung des Ruhrgebietes für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zu verwenden, ebenso die Milliarden der Kosten der Befestigung der Rheinlande. Diesen wohlmeinenden Rat, sich dem Genfer Beschluß zu unterwerfen, erziehen auch eine Reihe anderer Mütter, indem sie Deutschland versichern, daß es nichts gewinnen könnte, wenn es weiterhin gegen den Völkerbundsbeschluß opponiere. So leichtfertig allerdings wie der „Gaulois“, der erklärt, daß in 14 Tagen die Washingtoner Konferenz beginnen werde und daß man dann Oberschlesien verzeihen (!) habe, sind andere Mütter nicht. Man gewinnt heute den Eindruck, als ob man sich in Frankreich trotz der gestrigen Vorkurven immer noch beunruhigt, daß sich die Dinge nicht genau so abspielen könnten, wie sie die Empfehlung des Völkerbundes vorgegeben habe. Die Reutersnote scheint immer noch zu Neunrückungen Anlaß zu geben, obwohl England alles getan hat, um Frankreichs Wünsche und Bedenken Rechnung zu tragen. Doch scheint die ganze Angelegenheit so kompliziert zu werden, daß man in England einzusehen beginnt, daß der Völkerbund, indem er die Einsetzung einer Kommission beschloß, die die Einheit des Wirtschaftslivens in Oberschlesien aufrecht erhalten soll, zweifellos etwas tat, wovon nicht feststeht, ob es auch den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages entspricht. In Frankreich erklärt man allerdings, daß der letzte Abschnitt des Artikels 92 des Versailler Vertrages den Abschluß wirtschaftlicher Abmachungen vorsehe, falls von Deutschland Gebiete abgetrennt würden. Ob diese Behauptung in England als stichhaltig angesehen werden wird, steht heute noch dahin und die deutschen Wortführer verhehlen durchaus nicht, daß sie über das Schicksal des Völkerbundspruchs noch nicht beruhigt seien. So wird im „Journal“ ausgedrückt, daß man auf dem Quai d'Orsay unangenehm überrascht war, als man am Abend des 12. Okt. eine englische Note erhielt, worin erklärt wurde, daß die Ent-

scheidung des Völkerbundes geprüft werden müsse, ob sie mit den Bestimmungen des Versailler Vertrags auch vollkommen übereinstimme. Die Heberückung wurde, als man sah, daß der Inhalt dieser Reutersnote auch in die Öffentlichkeit drang. Habe man doch in Frankreich geglaubt, daß sich die Genfer Entscheidung genau an die Bestimmungen des Versailler Vertrags gehalten hätte. Es sei durchaus natürlich, daß die Fiktion des obereschlesischen Industriegebietes eine ganze Reihe von Fragen zur Erörterung stelle, die nur durch gemeinsames Einvernehmen zwischen Polen und Deutschland gelöst werden können. Der Völkerbund habe vorausgesehen, daß sich ein direktes Einvernehmen zwischen Deutschland und Polen aber schwer werden berechnen lassen, und deshalb habe er seinen Vorschlag in der vorliegenden Form gefaßt. Sollten sich weder Deutschland noch Polen diesem Vorschlag fügen, so könnten ja andere Vorschläge gemacht werden, um die Einheit des obereschlesischen Wirtschaftslebens aufrecht zu erhalten. Dieser Gedanke, den Genfer Beschluß in zwei Teile zu fällen und zwar in einen territorialen und in einen wirtschaftlichen mit der Absicht, zunächst nur den territorialen durchzuführen, findet sich heute auch in anderen Mätern.

Regierungsumbildung und Oberschlesien.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 14. Okt. Zur Kabinettsfrage wird berichtet, daß innerhalb der Regierungsparteien eine Strömung vorhanden sei, die Dr. Wirth halten wolle. Sobald die Entscheidung des Obersten Rates vorliege, solle er mit seinem Kabinett demissionieren, aber vom Reichspräsidenten wieder mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt werden. Im Augenblick scheint es, als ob die Strömung sich durchziehen werde.

Die Teil. Union ist zu der Erklärung ermächtigt, daß keinerlei Verhandlungen mit der deutschen Regierung stattgefunden haben, die zu der Annahme berechtigten, als ob die Deutsche Volkspartei bereit sei, in das Kabinett Wirth einzutreten. Nach dem „Kof. Aus.“ hat man den Eindruck, daß der Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung nicht ausgeschlossen erscheint; irgendwelche Entscheidungen seien aber noch nicht gefaßt.

Innerhalb der demokratischen Partei glaubt der linke Flügel, daß die Erfüllungspolitik nach dem Völkerbundsentscheid nicht mehr weiter fortgesetzt werden könne. Dr. Rathenau hat durch Ausführungen, die er machte, diese Bedenken anscheinend zum Teil beseitigt. Trotzdem soll die Stimmung innerhalb der demokratischen Fraktion noch unentschieden sein.

Dinschlich Oberschlesiens scheint übrigens abgemiegt zu werden. Die offiziöse „Deutsche Allg. Ztg.“ bringt unter der Überschrift „Phantasienschriften“ ein Telegramm aus Genf, welches besagt: Aus den hier eingetroffenen deutschen Zeitungen erhielt man mit Erstaunen, mit welchen Phantasienschriften die deutsche Öffentlichkeit in den letzten Tagen in bezug auf Oberschlesien geflutet worden ist. Von informierter deutscher Stelle wird die dadurch hervorgerufene Irrführung der öffentlichen Meinung auf das lebhafteste bedauert, weil sich ihre Rückwirkung in den Meinungen der neutralen und besonders der alliierten Presse bereits bemerkbar macht. Insbesondere ist von einer Verbreitung Oberschlesiens niemals die Rede gewesen und ebenso hat niemals ein Zweifel darüber bestanden, daß Gleitwiegend deutsch bleiben würde. In dem gemeldeten Teilungsplan liegen hier im übrigen keine weiteren Nachrichten vor, abgesehen davon, daß nun auch die Stadt Lublitz einmütig an Polen fallen soll. Auf englischer Seite ist man sichtlich bemüht, die bekannt gewordenen Beschlässe des Völkerbundsrates möglichst abzuwischen und den Mätern zu erwecken, als ob der Teilungsplan, der nur durch eine Indiskretion bekannt geworden sei, noch keineswegs endgültig sei, und daß nun wohl noch mit Änderungen durch den Obersten Rat gerechnet werden könnte. In dem Augenblick, da der Oberste Rat die Angelegenheit an den Völkerbund weitergeleitet habe, sei der englische Ministerpräsident nicht mehr in der Lage gewesen, seinen Willen zur Geltung zu bringen.

Baldiger Zusammentritt des Reichstags.

In parlamentarischen Kreisen rechnet man für den 18. Oktober mit einem Zusammentritt des Reichstages, um zur Lösung der obereschlesischen Frage Stellung zu nehmen. — Das Reichskabinett dürfte in seiner Gesamtheit demissionieren. Man spricht auch von neuen Reichstagswahlen.

Berlin, 14. Okt. Wie aus parlamentarischer Quelle gemeldet wird, wollen die Reichsparteien im Reichstage den Antrag einbringen, die Reichsregierung wolle die Anerkennung der Genfer Entscheidung verweigern, wenn diese nicht in allen Punkten dem Versailler Vertrag entspreche. Auch die Demokraten werden bei dem Antrag der Reichsparteien vertreten sein.

Ein berechtigter Zweifel.

Genf, 14. Okt. In hiesigen politischen Kreisen erwartet man die Veröffentlichung des amtlichen Textes über die Lösung der obereschlesischen Frage mit größter Spannung, weil auf Grund der in Genf erfolgten Mitteilung des Völkerbundsrates noch ernste Zweifel bestehen, ob der Versailler Vertrag überhaupt den Obersten Rat berechtige, Deutschland und Polen die Annahme des in der Lösung vorgeschlagenen Wirtschaftsabkommens und die Kontrolle durch eine neutrale Macht aufzuzwingen. (S. T. W.)

Eine Richtigstellung der Pariser deutschen Botschaft.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“)
Paris, 14. Okt. Die deutsche Botschaft gibt folgende Erklärung ab: Ein Pariser Morgenblatt, das einen am 11. Oktober vom deutschen Botschafter bei Philippo Berthelot unternommenen Schritt bespricht, erklärt, daß der deutsche Botschafter den Vertreter der französischen Regierung dahin verständigt habe, daß, wenn sich die über die Teilung Oberschlesiens im Umlauf befindlichen Gerüchte bewahrheiten sollten, die deutsche Regierung sich von allen Verpflichtungen frei hält, die sie gegenüber den Alliierten eingangs ebenso von den mit Frankreich getroffenen Sonderabmachungen. Die deutsche Botschaft stellt demgegenüber fest, daß diese Information der Wahrheit nicht entspricht.

Polnische Befehlsvorbereitungen.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“)
Breslau, 14. Okt. Im polnischen Kommando habe werden bereits alle Maßnahmen zur sofortigen Befestigung der den Polen zugesprochenen Gebiete Oberschlesiens getroffen, sobald die Völkerbundsentscheidung bekannt ist. Der Vormarsch der polnischen Truppen wird so geregelt werden, daß der Staatsoberbefehlshaber in ihrer Spitze sowohl in Katowitz, Königshütte, wie in Plesch und Rybnitz persönlich einziehen kann. Nach seinem Einzug in Katowitz soll er im Anschluß an die Begrüßung eine bedeutungsvolle Kundgebung an das polnische Obereschlesien erlassen.

Eine unerhörte Zumutung.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“)
Rotterdam, 14. Okt. „L'Echo Evreux“ meldet aus Paris, daß die französische Regierung beim Botschafter den Antrag hat, sowohl Deutschland wie Polen eine Häufige Kritik zur freiwilligen Annahme der Genfer Entscheidung zu lassen, die Genfer Entscheidung aber als Teil des Friedensvertrages (!) zu erklären, dessen Anerkennung ebenso wie die des Friedensvertrages selbst von Deutschland gefordert werden müsse.

Die Verluste Deutschlands in bergwirtschaftlicher Hinsicht.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 14. Oktober. Wenn die in der „Post. Ztg.“ auf einer Karte angegebene Teilungslinie für Oberschlesien zutreffen sollte, dann würde einer amtlichen Zusammenstellung zufolge dies in bergwirtschaftlicher Hinsicht nachteilige Verluste bedeuten: An Kohlenvorräten verlor Deutschland 86 Prozent der obereschlesischen, bzw. 42,5 Prozent seiner gesamten bis 1900 Meier tiefe anhebenden gewinnbaren Steinkohlenvorräte verloren. Ferner würden an Kohlen 64 Prozent der obereschlesischen Steinkohlenförderung verloren gehen, was nach den Förderungsresultaten des letzten Friedensjahres 1913 einen jährlichen Förderungsfall von rund 28 Millionen Tonnen Steinkohle bedeuten würde. Dies wäre um so gefährlicher, als viele der deutsch bleibenden Gruben schon sehr abgebaut sind und deren Produktion von Jahr zu Jahr abnehmen wird, während die angeblich Polen zufallenden Steinkohlenreviere über unerschöpfliche Kohlenreserven verfügen und die Möglichkeit für eine fast unbegrenzte Steigerung ihrer Förderleistung besitzen. Die gesamte obereschlesische Kohlenproduktion ginge verloren, die im letzten Friedensjahre 1913 etwa 17,1 Prozent der Weltproduktion und mehr als 60 Prozent der deutschen Kohlenproduktion geliefert hat, 8,5 Prozent der obereschlesischen Förderleistung und sämtlicher Zinkhütten kämen an Polen. Ebenso würden 7,4 Prozent der obereschlesischen bzw. 27 Prozent der gesamten deutschen Eisenerzproduktion einbüßen, die darin enthaltenen Eisenerze verloren gehen. Ueber die obereschlesische Eisenindustrie, die im letzten Friedensjahre rund 2.680.000 Tonnen Stahlerzeugnisse geliefert hat, liegen noch keine genaueren Daten vor, doch müßte auch hier mit einem Verlust von mehr als 63 Prozent zu rechnen sein, falls die angegebene Teilungslinie den Tatsachen entsprechen sollte.